

Berlin, 22.04.05

*Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung hat politische Schlussfolgerungen aus der Delegationsreise des Beirates nach Schweden und Finnland gezogen. Hierzu erklären die Vorsitzende, Frau Astrid Klug, MdB, und ihr Stellvertreter, Herr Dr. Ralf Brauksiepe, MdB, für die Mitglieder aller Fraktionen im Beirat:*

Die Mitglieder des Parlamentarischen Beirates ziehen eine positive Bilanz der Delegationsreise nach Stockholm und Helsinki. Nachhaltige Entwicklung hat in Schweden und Finnland einen sehr hohen Stellenwert.

In Fragen der nachhaltigen Entwicklung herrscht ein für deutsche Verhältnisse kaum vorstellbarer gesellschaftlicher Grundkonsens zwischen den Parteien. In den Umweltausschüssen der Parlamente kommt es äußerst selten zu Mehrheitsabstimmungen. Schweden und Finnland sind im Vergleich zu Deutschland in einem sehr guten Zustand bezüglich **aller drei** Aspekte der Nachhaltigkeit. Umweltvorsorge und soziale Gerechtigkeit gelten in beiden Ländern als Bestandteile und Voraussetzung des Wachstums, nicht als Bremse. Beeindruckend war in diesem Zusammenhang der Besuch bei der Firma Neste Oil, die ein wegweisendes neues Verfahren zur Produktion von Biokraftstoffen entwickelt hat.

Soziale Sicherung findet in beiden Ländern auf einem hohen Niveau statt und ist in wesentlichen Teilen steuerfinanziert. Mit Generationenbilanzen versuchen sowohl Schweden als auch Finnen mehr Transparenz für Belastungen und Leistungen für kommende Generationen zu schaffen und damit einen Nachhaltigkeitscheck für politische Entscheidungen vorzubereiten.

Mit umfassenden Rentenreformen haben sich beide Länder frühzeitig auf den demographischen Wandel vorbereitet. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird in beiden Ländern aktiv betrieben, und zwar durch ein rein versicherungsmathematisches Anreizsystem und starken Abschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt: In Schweden mit 100 % der rechnerischen Rente bei Renteneintritt mit 65 Jahren, 70 % bei Eintritt mit 61, 155 % (!) bei Renteneintritt mit 70 Jahren. Auf die Beschäftigungslage scheint sich das eher positiv auszuwirken (Senkung der Lohnzusatzkosten). In Finnland wurden zudem Elemente der Kapitaldeckung in die Altersvorsorge eingeführt, die auch dabei helfen, die Maastricht-Kriterien einzuhalten.

Insbesondere in Finnland hat sich der Staat zu einer anfangs finanziell sehr schmerzlichen hohen Priorisierung für Bildung, Forschung und Entwicklung entschlossen. Bestnoten bei Pisa und höchstes Ansehen des Lehrerberufs sowie ausgezeichnete Universitäten sind der Lohn.

Nachhaltige Entwicklung ist in Finnland eines der Leitprinzipien im schulischen Bildungsangebot. Die Regierung legt die landesweit geltenden Bildungsziele fest. In allen Schulformen ist die Vermittlung von Kenntnissen über die Zusammenhänge einer nachhaltigen Entwicklung und die Motivation zu einer nachhaltigen Lebensweise Teil der Lehrpläne für viele Fächer. Über die Bildung und Erziehung junger Menschen werden die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in die Gesellschaft getragen.

Beide Länder verfügen über interessante institutionelle Ansätze. Schweden hat zu Beginn des Jahres ein eigenes Ministerium für Nachhaltigkeit eingerichtet. Im finnischen Parlament kümmert sich ein Zukunftsausschuss um die nachhaltige Entwicklung. Der finnische Nachhaltigkeitsrat tagt unter der Leitung des Premierministers und ist verantwortlich für die Fortschreibung der finnischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Mit großem Interesse haben die Delegationsteilnehmer bei einem Gespräch im Außenministerium und bei einem Empfang bei Staatspräsidentin Tarja Halonen das finnische Engagement für den Helsinki-Prozess für Globalisierung und Demokratie zur Kenntnis genommen. Mit diesem Prozess organisiert die finnische Regierung gemeinsam mit Partnern ein internationales Forum, um Antworten auf den Globalisierungsprozess zu geben.

Die Mitglieder des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung waren sich mit ihren Parlamentarierkollegen in Schweden und Finnland einig, dass die internationale Zusammenarbeit der Parlamente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verstärkt werden sollte. Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung sucht europaweit den Kontakt zu Parlamentariern und Nachhaltigkeitsinstitutionen anderer Länder, um Nachhaltigkeitsziele zu diskutieren, die Integration von nachhaltiger Entwicklung in die Politik zu vergleichen und die Arbeit zu vernetzen.

*Die Delegation wurde von der Vorsitzenden des Parlamentarischen Beirates, Frau Abg. Astrid Klug (SPD) geleitet. Der Delegation gehörten außerdem der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU) sowie die Abgeordneten Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD), Helge Braun (CDU/CSU), Winfried Hermann (Bündnis 90/ Die Grünen) und Michael Kauch (FDP) an.*